Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Naden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Trägerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwiederlegung 30 Pf.

Nr. 159 | Dresden, Dienstag den 13. Juli 1920 | 31. Jahrg.

Die erste deutsche Arbeiter-Akademie

Von Th. Thomas

Die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. hat grundsätzlich die Errichtung einer Arbeiter-Akademie im Anschluß an die dortige Universität beschlossen, so daß der Errichtung nichts mehr im Wege steht, nachdem auch die Universität schon erklärt hat, daß sie dem Plan zustimmt.

Ihre schlechte Finanzlage war die erste Veranlassung zum Gedanken der Errichtung der Arbeiter-Akademie, wozu noch kam, daß im preußischen Finanzministerium durch Minister Lüdemann mit starkem Nachdruck darauf hingewirkt worden ist. Lüdemann stellte sich auf den einzig richtigen Standpunkt, daß die Aufgaben der Hochschulen jetzt besonders darauf eingestellt werden müssen, solche Leute zu erziehen und dem öffentlichen Leben zuzuführen, die aus den Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreisen hervorgegangen sind, die das Fühlen und Denken mit dem Volke in sich haben und dadurch in der Lage sind, das gespannte Verhältnis, das heute zwischen Behörden und Publikum besteht, dieses Nichtverstehenwollen der Wünsche der breiten Masse, günstiger zu gestalten.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hatte schon, ehe der Gedanke der Arbeiter-Akademie aufgetaucht war, eine Studienkommission eingesetzt, die die Frage prüfen sollte, wie die Universität an Haupt und Gliedern reformiert werden kann. Wenn auch die Frankfurter Anstalt lange nicht so reaktionär ist wie z. B. Marburg, Göttingen oder Greifswald, so gibt es doch auch hier so viel des Verbesserungsbedürftigen, daß schon im ersten Stadium der Beratung die Fraktion sich darüber klar geworden war, daß die notwendige Bewilligung von Mitteln nur unter grundsätzlicher Aenderung des heutigen Zustandes geschehen könnte. Nachdem aber der Gedanke der Akademie erst festere Gestalt angenommen hatte, setzte sich die gewählte Kommission ihre Tätigkeit weiter; sie stellte sich die Aufgabe, für die neue Einrichtung gleich die nötigen Richtlinien zu schaffen. Wie gut es gewesen ist, daß die Kommission so rasch handelte, zeigt sich darin, daß unsre Genossen als erste auf den Plan traten, um der Akademie Form und Inhalt zu geben. Zu den Vorberatungen wurden die parteigenössischen Professoren der Universität mit herangezogen, ebenso die Gruppe der geistigen Arbeiter des Sozialdemokratischen Vereins und andre Interessenten. Die Denkschrift, die dieser Tage nun von der Fraktion erschienen ist (sie kann für eine Mark durch die Buchhandlung Volksstimme in Frankfurt a. M. bezogen werden), bietet eine vollkommene Uebersicht über die Idee der Akademie. Im ersten Teil kommt der Grundgedanke zum Ausdruck, dessen wesentlichen Inhalt wir an die Spitze dieses Artikels gestellt haben.

Ueber die eigentlichen Aufgaben sagt die Denkschrift: Die Aufgabe einer Arbeiter-Akademie soll darin bestehen, ihren Teilnehmern die nötige Berufsausbildung zu geben, ihnen aber auch darüber hinaus eine allgemeine Bildung zu vermitteln. Der Gedanke einer Akademie bringt es mit sich, daß eine nur berufsmäßige Ausbildung des Teilnehmers nicht beabsichtigt sein kann. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß eine Berufsausbildung vollendet sei, wenn der Auszubildende das für die Praxis Nötige weiß. Es kommt bei der Ausübung eines Berufes nicht nur darauf an, daß man etwas kann, sondern auch, daß man etwas glaubt.

Es kommt noch hinzu, daß auch ein neues rein wissenschaftliches Arbeitsrecht erforscht werden soll.

Der Gedanke wird in der Denkschrift noch näher ausgeführt und gesagt, daß die Akademie ihren Teilnehmern eine Arbeiterbildung im höchsten Sinne vermittelt, die das Denken und Schaffen mit allgemeinen Ideen verbindet und auf die allgemeine Lebensanschauung einwirkt. Deshalb müsse

a) für alle Teilnehmer gemeinsam eine allgemeine Grundlage geliefert werden,
b) die Akademie muß für die besonderen Berufsaufgaben besondere Lehreinrichtungen treffen.

Einen sehr wichtigen Teil der Denkschrift nimmt die Frage der Finanzierung ein. Die Kosten für den Lehrbetrieb sollen Staat, Reich und Gemeinde tragen. Dagegen soll die Kosten für den Lebensunterhalt derjenigen Teilnehmer, die die Aufwendungen nicht aus privaten Mitteln bestreiten können, die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbewegung bestreiten. Es kommen etwa 15 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte in Betracht, die für die Idee zu gewinnen sind. Wenn diese, so rechnet die Denkschrift, jedes Jahr nur eine Mark für diesen Zweck opfern, so schaffen sie die Mittel, um dauernd etwa 800 bis 1000 Hörern die Bildung zu geben, die nötig ist, um sie in wirtschaftlichen und politischen Organisationen, in Verwaltung und bei den Behörden zu beschäftigen. Man sieht aus diesem Voranschlag, daß es sich um ein gewaltiges Unternehmen handelt. Wer weiß, wie groß der Bedarf heute nach solchen gründlich praktisch und theoretisch vorgebildeten Menschen ist, wird nur mit Freude diesen Versuch begrüßen. Wir werden mit der zunehmenden Sozialisierung und weiteren wirtschaftlichen Verflechtung unserer Verwaltung [illegible] wie nur an das Betriebsrätegesetz, an die Schlichtungsausschüsse [illegible] gar nicht anders können als diese Akademie zu stützen. In Frankfurt am Main sind auch sonst die Vorbedingungen für die Arbeiter-Akademie gegeben, weil sich dort große gemeinnützige Institute befinden, die schon seit Jahrzehnten Vorbildliches auf einschlägigem Gebiete geleistet haben.

Die Zulassung zur Arbeiter-Akademie muß vorläufig auf etwa 1000 Teilnehmer beschränkt werden, die Dauer der Ausbildung ist auf zwei Jahre vorgesehen. Die Zulassung soll ein Alter von 24 Jahren und eine gewisse Reife des Geistes und des Charakters, z. B. durch den Nachweis erfolgreicher praktischer Betätigung in verantwortlichen Stellen oder durch Zeugnis anderer an den Tag gelegten Fähigkeiten, voraussetzen. Ein Beruf muß schon vorhanden sein, damit nach Beendigung der Studien und bei nicht sofortiger Verwendung in öffentlichen oder andern Diensten der Beruf für den Teilnehmer immer den Rückhalt bietet.

Besondere Abschnitte widmet die Denkschrift dem Einbau in die Universität, dem Bildungsgang und den praktischen Vorschlägen für die Vorlesungen und Uebungen der Teilnehmer, auf die wir an späterer Stelle selber nur kurz verweisen können.

Jedenfalls ist die Denkschrift eine sehr fleißige Arbeit. Wenn auch der grundsätzliche Teil nur sehr kurz gehalten [illegible], so zeigt doch bei der Veranlagung die idealen Gesichtspunkte wieder, die wir mit einem solchen Unternehmen verbinden. Wenn die Akademie, woran nun nicht mehr zu zweifeln ist, am 1. Oktober ins Leben tritt, so wird das nicht nur für die Frankfurter Arbeiter ein Ehrentag sein, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Möge das Unternehmen überall nötiges Verständnis und Unterstützung finden, damit von ihm aus die Männer in das Land gesandt werden, die wir brauchen, um dem Sozialismus, den wirtschaftlichen Fortschritten die Wege frei zu machen und tüchtige Kräfte für Verwaltung und Organisationstätigkeit zu bekommen.

Italienisch-jugoslawischer Zwischenfall

Laibach, 13. Juli. In Spalato kam es gestern zu großen Demonstrationen der Volksmenge gegen die Italiener. Zwei italienische Soldaten des im Hafen liegenden italienischen Kriegsschiffes Puglia sollen jugoslawische Fahnen heruntergerissen haben. Die Demonstrationen führten schließlich zu Schießereien zwischen den Matrosen des Kriegsschiffes und jugoslawischen Gendarmen. Auf seiten der Jugoslawen wurde ein Mann getötet und mehrere schwer verletzt; auf seiten der Italiener der Kommandant des Schiffes, Fregattenkapitän Gulli, sowie ein Steuermann getötet und mehrere Matrosen leicht verletzt. Im Hafen sind weitere italienische Kriegsschiffe eingetroffen. Der Kommandant der Ententeflotte in Spalato, der amerikanische Admiral Andrews, hat eine strenge Untersuchung eingeleitet. Die Demonstrationen in Spalato dauern fort.

Eigene Drahtmeldung

Rom, 13. Juli. Zu dem italienisch-südslawischen Zwischenfall in Spalato melden römische Blätter: Bei antiitalienischen Demonstrationen wurden einige italienische Offiziere tätlich angegriffen und verwundet. Ein italienisches Kriegsschiff sandte eine Dampfbarkasse, um die Offiziere einzuschiffen. Es wurde aber wie ein Motorzerstörer von den Südslawen mit Bomben und Maschinengewehren empfangen. Ein Offizier wurde verwundet, einer getötet. Die Italiener fordern exemplarische Bestrafung der Schuldigen.

Unterredung mit Fehrenbach

Eigene Drahtmeldung

Spa, 13. Juli. Die Beurteilung der Aussichten der Konferenz seitens der deutschen Delegation, die gestern noch an einen unvermeidlichen Abbruch der Konferenz glaubte, ist zuversichtlicher und hoffnungsfreudiger geworden. Diesem Empfinden gab Fehrenbach in einem Interview mit holländischen und belgischen Journalisten Ausdruck. Fehrenbach sagte: wir haben das Gefühl, daß wir zu Resultaten kommen werden. Wir hoffen es jedenfalls, ob es sich bewahrheiten wird, kann ich nicht sagen. Bisher stehen wir noch vor viel zu hohen Zahlen in der Kohlenfrage, obgleich unsre Vertreter von Arbeiter- und Arbeitgeberseite klar und deutlich den Alliierten gesagt haben, daß wir solche Mengen einfach nicht liefern können. Morgen gehen die Unterhandlungen auch über die finanziellen Fragen weiter, wobei die uns von der Entente schriftlich eingereichten Pläne besprochen werden sollen. Es sieht fast so aus, als ob die Konferenz noch die ganze Woche dauern solle.

Auf die Frage, ob es wahr sei, daß die Deutsche Volkspartei aus der Regierung auszutreten beabsichtige, antwortete der Reichskanzler entschieden verneinend. Alle Minister seien sich völlig einig, nur in gewissen Kreisen Deutschlands bestehe Unzufriedenheit, weil wir in den inländischen Fragen nachgegeben haben.

Die Journalisten fragten, ob die Deutschen in der Wiederherstellungsfrage hofften, zu einem Resultat zu kommen. Fehrenbach antwortete, das glaube er nicht, denn stünden die Alliierten noch zu weit von dem deutschen Standpunkt entfernt. Die Frage ist so verwickelt, daß langdauernde einzelne Besprechungen darüber notwendig seien. Zum Schluß bemerkte Fehrenbach noch, daß durch die Kommissionsbildung man sich geistig und persönlich näher zusammenfinde.

Der Streit um die Alandsinseln

Rotterdam, 13. Juli. Wie der Nieuwe Rotterd. Cour. aus London meldet, hielt gestern der Völkerbundsrat unter dem Vorsitz von Balfour in Sachen der Alandsinseln eine öffentliche Sitzung ab. Balfour erklärte, daß Finnland noch nicht Mitglied des Völkerbundes sei, aber um Zulassung ersucht habe, worüber im Verlaufe der ersten Bundesversammlung Beschluß zu fassen sein werde. Durch einstimmigen Beschluß wurde Finnland aber an den nichtöffentlichen Sitzungen über diese Frage als mit Schweden gleichberechtigt behandelt.

Die drei internationalen Rechtsgelehrten vorzulegenden Fragen werden wie folgt lauten: 1. Ist die Meinungsverschiedenheit über die Alandsinseln vom juristischen Standpunkt aus eine innere Angelegenheit Finnlands? 2. Wie ist die heutige Lage bezüglich der internationalen Bestimmungen betreffend die Entfestigung der Alandsinseln?

Neueste Telegramme

Zur Auflösung der Reichswehr

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 13. Juli. Die Gewerkschaften haben beschlossen, den Reichswehrsoldaten, die nach den Entwaffnungsbestimmungen zur Entlassung kommen, aus politischen Gründen die Arbeit in den Betrieben nicht zu verweigern. Die Entlassenen sollen nach dem Akkordarbeitssystem eingestellt werden.

Deutscher Pressevertreter in Spa mißhandelt

Eigene Drahtmeldung

Spa, 13. Juli. Gestern abend kam es hier zu einem unangenehmen Zwischenfall. Als in der elften Abendstunde der Pressevertreter des W. T. B. mit Staatsminister Dr. Dernburg und andren Herren der Kommission friedlich die Straße entlang kam, sprang plötzlich ein belgischer Offizier auf die Herren zu und beschimpfte sie. Im selben Augenblick kamen auch belgische Soldaten und griffen die Herren an. Der Pressevertreter wurde von den andern Herren getrennt und mit Stockschlägen über den Kopf mißhandelt.

Klaffende Widersprüche

Spa, 12. Juli. Heute nachmittag 3½ Uhr traten die Häupter der auf der Konferenz vertretenen Regierungen zu einer Sonderbesprechung zusammen, an der deutscherseits Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister Dr. Simons teilnahmen. Zunächst wurde erneut die Kohlenfrage erörtert. Die alliierten Regierungen teilten mit, daß sie nach eingehender Prüfung zu dem Beschlusse gekommen seien, daß es grundsätzlich bei der im Friedensvertrage vorgesehenen Festsetzung der deutschen Kohlenlieferungen bleiben müsse, daß aber die von der Wiedergutmachungskommission auf monatlich 2½ Millionen Tonnen festgesetzte Kohlenmenge angesichts der deutscherseits dagegen erhobenen [illegible] für die nächsten sechs Monate [illegible] auf 2 Millionen Tonnen herabgesetzt werden solle.

Reichsminister Dr. Simons erklärte darauf nach Rücksprache mit den deutschen Sachverständigen, daß der deutschen Regierung auch ein Versprechen, monatlich 2 Millionen Tonnen zu liefern, unmöglich sei. Zur Zeit könnten nur 1 bis 1,1 Millionen Tonnen monatlich geliefert werden. Es sei aber eher zu fürchten, daß diese Erzeugung zurückgehen würde, da die Belegschaft wegen mangelhafter Ernährung immer unwilliger werde, Ueberschichten zu verfahren. Könne man die Lebensmittelversorgung bessern, so würde sich die Erzeugung innerhalb weniger Wochen so heben lassen, daß den Alliierten etwa 300 000 Tonnen im Monat mehr zugeführt werden könnten. Eine weitere Hebung um 300 000 bis 400 000 Tonnen würde durch die Anlegung neuer Bergarbeiter möglich [illegible] aber erst im Laufe einer gewissen Zahl von Monaten bis zu einem Jahre, so daß die Lieferung auf 1,7 bis 1,8 Millionen Tonnen monatlich erhöht würde. Sofern ein Abkommen auf dieser Grundlage nicht möglich sein sollte, ziehe die deutsche Regierung vor, die Festsetzung der zu liefernden Menge der Wiedergutmachungskommission zu überlassen, die dann die Verantwortung für die Folgen und die Sorge für die Durchführung ihrer Beschlüsse zu tragen habe.

Die alliierten Regierungsvertreter erklärten nach längerer Sonderberatung, daß es bei den mitgeteilten Beschlüssen sein Bewenden haben müsse, sofern nicht die deutschen Vertreter ihren Beschluß nochmals in Erwägung ziehen wollten, was besonders Lloyd George dringend empfahl. Reichsminister Dr. Simons versprach nach einer nochmaligen Beratung der deutschen Sachverständigen, morgen die endgültige Antwort zu geben.

Alsdann wurde in die Besprechung der allgemeinen Wiedergutmachungsfragen eingetreten. Die alliierten Regierungen machten den Vorschlag, zur Prüfung des ganzen Komplexes der von Deutschland gemachten Vorschläge eine gemischte Kommission einzusetzen, die aus den zuständigen Ministern der alliierten Staaten, ferner aus den Botschaftern Frankreichs und Großbritanniens in Berlin und den Mitgliedern der Wiedergutmachungskommission als Sachverständigen bestehen solle. Die deutschen Delegierten stimmten diesem Vorschlage zu und überreichten im Anschluß daran ein Projekt des Reichsernährungsministeriums, worin vorgeschlagen wird, auch für die Ernährungsfragen einen besonderen Ausschuß einzusetzen. Die Sitzung wurde gegen 6 Uhr geschlossen und eine neue Sitzung der Regierungshäupter auf morgen nachmittag 4½ Uhr angesetzt. Die gemischte Kommission tritt morgen vormittag 11 Uhr zum ersten Male zusammen.

Noch am Sonnabend schien es, als sei in Spa eine Annäherung der verhandelnden Parteien eingetreten. Viel [illegible] und Simons und Lloyd George und [illegible] Nun aber hat sich die Lage [illegible] in den Verhandlungen der Alliierten [illegible] ein